

# Schönburger Tageblatt

## Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (L. B.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Föhrster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wollenburg bei Herrn Ems Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Siegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R. Pfg. freibl. auschl. Erträger. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 30 R. Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-Mark, v. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mark, 3 gesp. Kleinzeile 0,45 R.-Mark, Hinweise auf Anzeigen und Eingeladene 0,10 R.-Mark, Nachweise- und Offertengebühr 0,20 R.-Mark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Gründet 1878. Fernsprecher Nr. 9. Postfach Nr. 8. Postfachkonto Amt Leipzig Nr. 4493. Bankkonto: Vereinsbank zu Golditz, Filiale Waldenburg. Stadtkontokonto Waldenburg 90. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei zwangsweiser Einziehung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachlaß hinfällig.

Zugleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Siegelheim.

Nr. 110

Donnerstag, den 12. Mai 1927

49. Jahrgang.

## Verlängerung des Republikchutzgesetzes um 2 Jahre.

Der Reichspräsident ist zum Beine des Grafen von Wedel in Luga eingetroffen.

Der Reichstag hat seine Arbeiten gestern wieder aufgenommen.

Graf Westarp wendete sich in einer Rede in Kottbus gegen die Sozialdemokratie.

Der deutsche Städtetag hielt in Koblenz eine Vorkonferenz ab.

Der neue Posttarif tritt am 1. Juli in Kraft.

Botenrat Dr. Nieth hatte gestern eine neue Verhandlung mit Briand wegen des Abbaues der Rheinlandbesetzung.

Die französischen Amerikastieger sind verischollen.

Die litauische Regierung will den Termin für die Wahlen im Memelland erst nach Aenderung der Wahlgesetze zugunsten der Litauer festsetzen.

Amerika hat weitere 800 Mann Marinetruppen nach Nicaragua geschickt.

In Nordamerika fanden durch schwere Wirbelstürme 250 Menschen den Tod.

Aus Mexiko werden revolutionäre Unruhen gemeldet.

Waldenburg, 11. Mai 1927.

Im englischen Unterhause hat am Montag der englische Außenminister Chamberlain bedeutsame Erklärungen über China abgegeben, aus denen zu entnehmen ist, daß nunmehr auch England in der Frage des Nanjing-Zwischenfalls den Rückzug angetreten hat nachdem es sich fast von allen seinen bisherigen Bundesgenossen verlassen gesehen hatte. Nach Amerika und Japan hatte bekanntlich auch Frankreich erklärt, daß es sich an dem von England gewünschten energischen Schritt gegenüber der Hankau-Regierung nicht beteiligen könne. So blieb nur noch Italien als Sekundant übrig, das in China nicht viel zu verlieren hat. Da schien es Chamberlain doch bedenklich, Arm in Arm mit Mussolini China in die Schranken zu fordern, und so wählte er den besseren Teil der Tapferkeit, die Vorsicht, und zog sich mutig zurück.

Für gewisse Kreise in England, die sich sehr scharf für eine Politik der gepanzerten Faust in China eingesetzt hatten, ist das eine bittere Pille. Chamberlain hat sich deshalb bemüht, sie etwas zu überzudern, indem er eine Fülle von Entschuldigungsgründen für seinen strategischen Rückzug vorbrachte. U. a. führte er aus: Die nationalpolitische Regierung in Hankau hat ihre beherrschende Stellung verloren und ist gegenwärtig nichts weiter als ein Schatten. Die britische Regierung wäre voll auf berechtigt gewesen, die britische Konzession in Hankau wieder zu besetzen und das Abkommen als durch die eigene Handlungsweise der hankauer Regierung aufgehoben zu betrachten. Aber nach reiflicher Erwägung hat die britische Regierung beschlossen, diesen Schritt gegenwärtig nicht zu tun, und sie hofft, daß sie auch nicht dazu gezwungen werden wird.

Die Regierung habe alle Tatsachen erwogen; sie habe die Zukunft nicht weniger als die Gegenwart in Betracht gezogen und sei zu der Entscheidung gekommen, daß es gegenwärtig nicht zweckmäßig wäre, wegen der Nanjing-Verbrechen und der Nichterhaltung der Bedingungen des hankauer Abkommens Sanktionen zur Anwendung zu bringen, so sehr diese auch berechtigt wären. Er glaube, die anderen Regierungen seien aus ähnlichen Gründen zu der gleichen Schlussfolgerung gelangt. Unter diesen Umständen beabsichtige die britische Regierung nicht, eine weitere Note an Tschen zu richten. Sie habe hiervon die anderen Mächte benachrichtigt und hinzugefügt, daß die britische Regierung sich hinsichtlich der Zukunft und besonders bezüglich irgendwelcher weiterer Verbrechen, die etwa gegen die britische Flagge, britische Staatsangehörige und britisches Eigentum begangen würden, alle Handelsfreiheit vorbehalte.

Auch England verzichtet also darauf, die Note Tschens zu beantworten, mit der dieser auf die gemeinliche Nanjing-Note der China-Mächte erwidert hatte. Diese Note war bekanntlich Tschens Schwanengesang. Wenige Tage nach ihrer Absendung kam die Umwälzung, durch die Tschen und die Hankau-Regierung fast gestellt wurden. Hier hält auch Chamberlain ein, um seinen Verzicht zu begründen. Zur Zeit der Nanjing-Verbrechen und der Noten der Mächte - so führte er aus - war das China südlich vom Yangtse scheinbar unter der nationalpolitischen Regierung in Hankau geeinigt. Es gab also eine Regierung, die die Verantwortung trug und verantwortlich gemacht werden konnte. Vier Tage, nachdem Tschen seine unbefriedigende Antwort gefandt hatte, existierte diese einheitliche Regierung in Südchina nicht mehr und Tschens Noten stellten nur noch seine persönliche Ansicht dar. Er sprach nicht mehr für das nationalpolitische China und für die Kuomintang-Partei.

Tschens Note ist dadurch erledigt worden, daß die Macht, die er zu vertreten vortrug, im wesentlichen verschwunden ist. Die leitenden Persönlichkeiten, die für die Nanjing-Verbrechen verantwortlich waren, sind mit einer Schnelligkeit und Gründlichkeit bestraft worden, wie sie in menschlichen Angelegenheiten selten sind. Die Frage der Reparationen wird davon nicht berührt. Die Regierung, die aus der gegenwärtigen Verwirrung nördlich und südlich des Yangtse entsteht, wird als verantwortlich betrachtet werden und Entschädigungen und Reparationen werden von ihr gefordert werden.

Weiter gab Chamberlain der Hoffnung Ausdruck, daß diese neu entstehende Regierung die auslandsfeindliche Politik aufgeben und die Bergangeheit liquidieren werde. Um dieser kommenden Regierung keine Verlegenheit zu bereiten, hätten sich die Mächte bei Verhandlung des Nanjing-Zwischenfalls Mäßigung auferlegt. Ob Chamberlain wirklich die hier ausgesprochene Hoffnung hegt, darf man allerdings bezweifeln. Es ist jedenfalls nur ein Strohhalm, an den er sich klammert. Er treibt nun Politik des Abwartens, weil er sich davon überzeugt hat, daß man in China nicht mit dem Kopf durch die Wand kann, wenn man eine „Politik der offenen Tür“ treiben will.

## Zentrum und Räumungsfrage.

Keine weitere Beschränkung der deutschen Souveränität.

Der Kölner Parteitag des rheinischen Zentrums fand am Dienstag mit einer großen Kundgebung seinen Abschluß. In der Schlussitzung am Montag wurden eine Reihe von Entschlüssen angenommen, die sich vor allem auf die Fragen des besetzten Gebietes bezogen. So wird in einer Entschließung die Erwartung ausgesprochen, daß das noch im Saargebiet stehende Militär zurückgezogen wird. Weiter heißt es, der Parteitag unterstütze das berechtigte Verlangen nach Beseitigung des Ueberwiegens des französischen Elements in der Regierungskommission. Schließlich wird baldige Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland gefordert. Eine weitere Entschließung wendet sich u. a. mit großer Entschiedenheit gegen die Pferdemonsterungen durch die Besatzungstruppen. Nachdem dann die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Zugaben betreffend Milderung der Ordonnanzen bald eingelöst werden, heißt es weiter:

Die Zentrumsparlei der besetzten und gefährdeten Gebiete verlangt im Interesse der hartgeprüften Bevölkerung und in dem Interesse einer ungestörten Fortführung der Verkündigungs-politik die endgültige Zurückziehung der Besatzung, die aber unter keinen Umständen erlaßt werden darf durch Zugaben, die auf eine weitere Beschränkung der deutschen Souveränität hinauslaufen.

In der vorausgehenden Aussprache über die Wirtschaftslage der Rheinlande ergriff auch

Reichsarbeitsminister Dr. Bruns das Wort. Er betonte, das Gesicht der Grenzgebiete sei der Regierung nicht unbekannt, noch weniger gleichgültig. In der Entwicklung der letzten Jahre sei ein Aufstieg unverkennbar, man dürfe jedoch die Fortschritte nicht überschätzen. Es sei unberechtigt, der deutschen Sozialpolitik Unfruchtbarkeit vorzuwerfen. Es sei auf dem Gebiete mehr geleistet worden, als vor dem Kriege, wo wir uns erheblich besser standen. Neben der Ausgabe großer Summen für Wohlfahrts- und soziale Zwecke seien auch auf allen anderen

einschlägigen Gebieten Fortschritte zu verzeichnen: Beim Reichsschutz, der Arbeitszeit, dem Schiedspruchswesen usw. Wenn man die Kurven der Erzeugungshöhe, der Arbeiterzahlen in den Betrieben und der Lohnsummen in drei Linien verzeichne, so werde sich schnell der Beweis ergeben, daß die Lohnsummen nicht die Ursache für die Preissteigerung sein können. Diese Erkenntnis werde sich wohl in naher Zukunft noch vertiefen. Der Minister schloß: Wirtschaft und Politik müssen Hand in Hand gehen, in gleichem Schritt gehen. Die Sozialpolitik darf nicht hinterher

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichspräsident ist in Begleitung seines Sohnes, Major von Hindenburg, von Wilhelmshaven kommend, zum Besuche des Grafen von Wedel auf Schloß Ebenburg in Luga eingetroffen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler ist von seiner Reise nach Budapest in einem Junkers-Großflugzeug nach Berlin zurückgekehrt.

Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Raucher, wird noch in dieser Woche nach Berlin kommen, um mit den maßgebenden Stellen, besonders aber auch mit dem Außenminister über die weitere Stellungnahme zur Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen zu beraten.

Der Konsul der Sowjetunion in Königsberg, Kantor, der kürzlich das Opfer eines Angriffs des Hauslehrers Lechel wurde, ist als Generalkonsul nach Hamburg versetzt worden.

Eine Rede Westarps. In einer Wahlversammlung in Kottbus hielt der deutschnationale Parteiführer Graf Westarp eine Rede, in der er sich scharf gegen die Sozialdemokratie wandte. Graf Westarp beklagte die Schäden der Reichspolitik, die sich aus dem Einfluß ergäben, der den Sozialdemokraten immer noch in den Ländern zustehe. Besonders unhaltbar erschienen ihm die Dinge in Preußen. Die jetzige sozialdemokratische Mißwirtschaft in dem größten deutschen Land schreie geradezu zum Himmel. Für das Reich erfordere die Rücksicht auf die Koalition eine geschlossene Front. Die Deutschnationalen würden den nächsten Kampf gegen die Macht der Sozialdemokratie führen müssen. Keine Rücksicht auf die Parteien der Mitte, darüber müsse man sich klar sein, würde die Deutschnationalen hindern, diesen Kampf auch gegen die jetzige preussische Regierung durchzuführen.

Vorstandstagung des Städtetages. Am Montag und Dienstag fand in Koblenz eine Tagung der Vorstände des Deutschen und Preussischen Städtetages unter Leitung des Präsidenten Dr. Müller-Berlin statt. Anwesend war auch Vizepräsident Dr. Esch-Berlin; außerdem 52 Mitglieder der beiden Vorstände, darunter die Oberbürgermeister von Bamern, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Krefeld, Saarbrücken, Darmstadt, Mannheim, Breslau, Halle, Kassel, Kiel, Königsberg, Stettin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München. Die Stadt Berlin war vertreten durch die Beigeordneten Körner und Dr. Nermelsdorf, den Stadtrat Reuter und die Stadtverordneten Dr. Caspari und Dethleffen. Oberbürgermeister Böß hatte bekanntlich die Teilnahme abgelehnt wegen der Stellungnahme des Städtetages in der Frage des Finanzausgleichs, durch die sich Berlin benachteiligt fühlt.

Die Vorlage für die neuen Postgebühren, an der in den letzten Wochen gearbeitet wurde, ist so weit fertiggestellt, daß sie Anfang nächster Woche dem Verwaltungsrat der Reichspost zugeleitet werden kann. Dann wird sofort ein Arbeitsauschuß mit der Prüfung beauftragt und in den ersten Tagen des Juni die Vorlage verabschiedet werden. Es ist daher mit Sicherheit anzunehmen, daß zum mindesten die neuen Briefgebühren bereits am 1. Juli in Kraft treten. Als einschneidende Neuerung ist die Erhöhung des Inlandsbriefpostos von 10 auf 15 Pf. vorgesehen.